



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Euroraum: Tiefpunkt erreicht, neue Chancen nutzen

An den Finanzmärkten herrscht sommerliche Ruhe und auch die Konjunktur hat sich zuletzt spürbar aufgehellt. Der deutschen Bundesregierung dürfte es recht sein: Pünktlich vor den Wahlen im September scheint der Euroraum aus dem Größten raus zu sein. Viele Beobachter fragen sich aber zu Recht, wie belastbar die positiven Nachrichten sind.

Ohne Zweifel erfüllen die neugeschaffenen Instrumente zur Stabilisierung der Finanzmärkte ihren Zweck: Seit der Einrichtung der Rettungsschirme und vor allem der Ankündigung der Europäischen Zentralbank, erforderlichenfalls stabilisierend einzugreifen, hat sich die Lage merklich beruhigt: Der spanischen und der italienischen Regierung gelingt es, sich zu günstigen Konditionen zu refinanzieren, und die Banken scheinen sich untereinander wieder mehr zu vertrauen – und entsprechend gegenseitig mit finanziellen Mitteln zu versorgen –, als dies noch vor wenigen Monaten der Fall war. Auch im Umgang mit ihren Kunden scheinen die Banken etwas entspannter zu werden; jedenfalls haben sie ihre Kreditvergabebedingungen in den vergangenen Monaten nicht mehr verschärft – ein Novum seit Beginn der Krise. So besteht Hoffnung, dass auch die produzierenden Unternehmen von der Entspannung an den Finanzmärkten profitieren können und damit Wachstum und Arbeitsplätze entstehen.

Überhaupt die Realwirtschaft: Die beste Nachricht kam sicher in der vorletzten Woche, als die europäische Statistikbehörde ein positives Wachstum im Durchschnitt des Euroraums und damit ein Ende der Rezession vermeldet hat. Nicht nur in Deutschland hat die Produktion im zweiten Quartal merklich angezogen. Auch in den Krisenländern hat sich die Konjunktur deutlich aufgehellt. So hat sich der Produktionsrückgang in allen Krisenländern zuletzt verlangsamt, in Portugal ist die Wirtschaft im zweiten Quartal sogar kräftig gewachsen. Auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist in vielen Ländern zum Stillstand gekommen oder verlangsamt sich.

So spricht vieles dafür, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in den Krisenländern ihrem Tiefpunkt nähert; spä-

testens ab der Jahreswende dürfte es dann wirtschaftlich wieder bergauf gehen. Dabei sollte man sich aber keinen Illusionen hingeben: Hohe Wachstumsraten sind dort bis auf weiteres nicht zu erwarten. Zwar kommt der Abbau der Überkapazitäten, die finanziert durch Kapitalzuflüsse aus dem Ausland in den ersten Jahren der Währungsunion aufgebaut worden waren, langsam zum Abschluss. So ist der spanische Immobiliensektor bereits fast wieder auf Normalmaß geschrumpft; die griechische Regierung macht erkennbar Fortschritte bei der Verkleinerung des aufgeblähten Beamtenapparats. Es wird aber sicher noch Jahre, teilweise Jahrzehnte dauern, bis die hierdurch entstehende Arbeitslosigkeit durch neue Jobs in anderen – zukunftsfähigen – Branchen wieder ausgeglichen ist. Die Krisenländer müssen sich ein neues Geschäftsmodell erschließen. Das geht nicht über Nacht.

Auch die Ruhe an den Finanzmärkten könnte trügerisch sein: Zwar ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass es mit den geschaffenen Stabilisierungsinstrumenten gelungen ist, eine Ausweitung der Panik zu verhindern. Eine dauerhafte Lösung zur Vermeidung von Instabilitäten am Finanzmarkt ist das aber sicher nicht. Hierzu bedarf es einer grundlegenden – auch institutionellen – Neuordnung des Euroraums, die neben klaren Regeln für die öffentlichen Finanzen auch eine striktere und einheitliche Kontrolle der Banken erfordert.

Trotz alledem: Die jüngsten positiven Nachrichten sollte man nicht klein reden. Eine positivere wirtschaftliche Entwicklung – und sei sie noch so zögerlich – ist Balsam für die Stimmung in den Krisenländern. Wenn der Ausblick nicht nur negativ ist, werden auch die sozialen und politischen Spannungen an Schärfe verlieren. Und das wiederum kommt auf den Finanzmärkten gut an. Ausruhen darf sich die europäische Wirtschaftspolitik aber nicht: Der Reformprozess in den Krisenländern und die institutionelle Neuordnung der Währungsunion müssen fortgesetzt werden. Die Bedingungen dafür sind günstig; diese Chance muss die Politik nutzen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Karl Brenke
Christoph Große Steffen

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.